

Resolutionen/Anträge für die PV 2017

R1

A 13 für alle Grund- und Hauptschullehrkräfte

Die Personalversammlung der Bediensteten GHWRGS beim Staatlichen Schulamt Heilbronn fordert die Landesregierung auf, endlich die Benachteiligung der Grund- und Hauptschullehrkräfte zu beenden:

- Grundschullehrkräfte, die seit der Prüfungsordnung 2011 genauso acht Semester Regelstudienzeit hatten wie die Hauptschullehrkräfte, müssen in A 13 besoldet werden.
- Das Primarstufenlehramt muss auf 10 Semester ausgeweitet und die Besoldung auf A 13 angehoben werden. Grundschullehrer/innen unterrichten in großem Umfang fachfremd. In zwei zusätzlichen Semestern könnten sie ein weiteres Fach studieren und so den fachfremden Unterricht reduzieren.
- Grundschullehrerin ist ein Frauenberuf. Die schlechtere Besoldung ist strukturelle Diskriminierung von Frauen.
- Zusätzliche Studienplätze müssen geschaffen werden, um den großen Lehrermangel zu beheben.
- Alle Grund- und Hauptschullehrkräfte in A 12 sollen ohne aufwändige Qualifizierung nach A 13 befördert werden, so wie dies 2009 für 20 Prozent der Hauptschullehrer/innen möglich war.
- Beim „horizontalen Laufbahnwechsel“ darf Lehrkräften an Gemeinschaftsschulen nicht mehr abverlangt werden als Lehrkräften an Realschulen.
- Alle Hauptschullehrkräfte, die an den Haupt- und Werkrealschulen bleiben, müssen die Möglichkeit erhalten, nach A 13 befördert zu werden. Alle Hauptschullehrkräfte, die an ihrer Schulart bleiben, bekommen keinerlei Beförderungsmöglichkeit. Das bedeutet: Diejenigen, die den schweren Karren Hauptschule teilweise Jahrzehnte gezogen haben und weiter ziehen, gehen leer aus.
- Die notwendigerweise anspruchsvolle Weiterqualifizierung von Hauptschullehrkräften muss mit einer attraktiven Deputatsermäßigung ausgestattet sein, um den großen Lehrermangel im Bereich der Sonderpädagog/innen rasch mildern zu können.
- Wenn Berlin, Brandenburg und Nordrhein-Westfalen Grundschullehrer/innen mit A 13 bezahlen, muss das auch unser reiches Bundesland schaffen.

Die von der Landesregierung eingesetzte Expertenkommission zur Reform der Lehrerbildung hat 2013 nachvollziehbar und überzeugend dargelegt, warum alle Lehrer/innen künftig vergleichbar ausgebildet werden müssen: „Die Kommission betont, dass es kein zwingendes inhaltliches Argument gibt, nach dem aus der Differenzierung von Ausbildungsgängen nach Lehrämtern eine unterschiedliche Studiendauer abzuleiten ist. Die spezifischen Tätigkeitsanforderungen der unterschiedlichen Lehrämter führen zu unterschiedlichen Kompetenzprofilen, die sich inhaltlich, aber nicht im Qualifikationsniveau oder der wissenschaftlichen Dignität unterscheiden. Die Kommission teilt insbesondere nicht den folgenschweren Irrtum, dass bei der Unterrichtung jüngerer oder lernlangsamerer Schülerinnen und Schüler Abstriche an der fachlichen Qualifikation von Lehrkräften vorgenommen werden könnten.“

	<p>Diese Argumentation gilt gleichermaßen für die Arbeitsbedingungen und die Besoldung der Lehrer/innen. Es darf keine Unterschiede in der Besoldung geben. Niemand würde auf die Idee kommen, dass Kinderärzte kürzer studieren müssen als Radiologen. Die fachlichen Anforderungen an Grundschullehrer/innen z.B. bei der Entwicklung von Lehr-Lernsituationen, bei der individuellen Förderung sowie bei der entwicklungsorientierten Diagnostik sind anders, aber nicht geringer als in der Sekundarstufe I oder II.</p> <p>Andrea Krieg, Dirk Harr, Urte Stichler, Eva Stahlberger, Gabi Birkert, Joachim Friedrich, Peter Beyer, Harald Schröder, Brigitte Sayer, Christiane Ziemer, Barbara Bürgy, Birgit Berger, Irene Braun, Klaus Ellinger, Marina Fischer, Volker Hansen-Ketels, Mechthild Link-Englert, Andrea Kohler, Joachim Lanzenberger, Sara Quinzer, Elke Trutzenberger, Marion Kühne</p>
<p>1</p>	<p>A13 für alle Lehrkräfte an GS, HS, WRS, GMS und RS</p> <p>Die Personalversammlung im Bereich des Staatlichen Schulamtes Heilbronn fordert die Personalvertretung auf, sich bei den zuständigen Stellen dafür einzusetzen, dass alle wissenschaftlichen Lehrkräfte, auch der an Grundschulen und der sich bereits im Dienst befindenden KollegInnen nach A13 einzusetzen.</p> <p>Begründung: Lehramtsanwärterinnen und –anwärter der Sekundarstufe I werden mittlerweile einheitlich nach A13 eingestuft und besoldet. Die Lehrkräfte, die sich bereits im Dienst befinden, sind nicht schlechter qualifiziert als die „neuen“ Lehrkräfte und sie leisten die gleiche Arbeit. Ihre kürzere Studienzeit gleicht sich durch langjährige Berufserfahrung und Weiterqualifizierung durch Fortbildungen aus. Aus diesen Gründen ist eine gleiche Bezahlung unabdingbar. In der Grundschule werden heterogene Lerngruppen unterrichtet. Grundschullehrkräfte haben mit einer Unterrichtsverpflichtung von 28 Wochenstunden mit das höchste Deputat und im Rahmen der Beratungskompetenz zahlreiche Aufgaben, die in keinsten Weise rechtfertigen, dass sie geringer besoldet werden als ihre KollegInnen in der Sekundarstufe. Des Weiteren ist gerade die Herausforderung in der Umsetzung von inklusiven Beschulungsformen die Grundschule die Schulart, die bisher die meisten Maßnahmen und Kooperationen umgesetzt hat. Die Lehrkräfte erhalten hierzu keine Entlastung in Form von Anrechnungsstunden.</p> <p>Sabine Knapp, Yvonne Kolbert; Regina Hotel, Joachim Blaesse, Erik Stegmaier</p>
<p>2</p>	<p>Zehensemestriges Studium für das Lehramt an Grundschulen</p> <p>Die Personalversammlung fordert den Personalrat GHWRGS beim Staatlichen Schulamt Heilbronn auf, sich für ein 10 semestriges Studium der Grundschullehrkräfte einzusetzen.</p> <p>Die Anforderungen an Grundschullehrkräfte haben sich in den letzten Jahren erheblich verändert und sind gestiegen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Unterricht in heterogenen Gruppen - individuelle Förderung und Förderdiagnostik - entwicklungsorientierte Diagnostik - Inklusion - Integration

	<p>- Medienbildung für den Umgang in einer digitalisierten Gesellschaft</p> <p>Außerdem ist eine Grundbildung in den Fächern Mathematik und Deutsch sowie in einem dritten Unterrichtsfach oder Lernbereich notwendig, um fachfremden Unterricht zu verringern. Bildungs- und Erziehungswissenschaften sind unverzichtbare Grundlagen. Nur hochqualifizierte Lehrkräfte sind in der Lage, den Anforderungen in der heutigen Grundschule zu genügen. Dafür ist ein zehensemestriges Studium unabdingbar. Auch die Besoldung von Grundschullehrkräften muss an die anderen Lehrämter angepasst werden.</p> <p>Andrea Krieg, Eva Happold, Heike Kümmler, H. Frisch, Ch. David, E. Darilek, P. Feldhoffer, B. Zimmerhackl, T. Wagner, L. Felde, C. Peter, M. Eckert, S. Schlegel, H. Kramer, Dirk Harr, Monika Rothmund-Koch, Dorothee Hils, Bettina Pfisterer, David Ritschel, Julia Faß, Hans-Georg Henle, Marco Schindele, Nina Vatter, Martha Boadi, Ali Uzpak, Ute Köhler, Angela Ritschel, Kurt Daibenzeiher, Christoph Groß, C. Stegmaier, Michelle Bauer, Caroline Kuhn, Heiner Stohauer, Edith Köberle, Johanna Weber, Harald Schröder, Brigitte Sayer, Christiane Ziemer, Barbara Bürgy, Birgit Berger, Irene Braun, Klaus Ellinger, Marina Fischer, Volker Hansen-Ketels, Hans-Peter Hesse, Mechthild Link-Englert, Andrea Kohler, Joachim Lanzenberger, Sara Quinzer, Elke Trutzenberger, Marion Kühne, Barbara Frimmer, Caren Weller</p>
3	<p>Den Lehrerberuf attraktiver machen</p> <p>Die Personalversammlung der Bediensteten beim Staatlichen Schulamt Heilbronn fordert die Landesregierung auf, Maßnahmen zu ergreifen, die den Lehrerberuf attraktiver machen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - A13 für alle Lehrkräfte an allen Schularten. - Gleiche Ausbildungsdauer für alle Schularten. - Gleiche Deputate für alle Lehrkräfte. <p>Marina Fischer, Sara Quinzer, Maria Greskamp, Sigrid Brauchart, Sarah Haas, Katja Gruber, Ulrike Meirose, Eva Happold, Heike Kümmler, Elisa Mayer, Birgitt Klenk, Helen Diehl, M. Eckert, S. Schlegel, H. Kramer, S. Carra, H. Frisch, B. Zimmerhackl, Ch. David, E. Darilek, P. Feldhoffer, S. Neudenberger-Akdogan, T. Wagner, L. Felde, D. Steinbauer, C. Peter, A. Herrmann, R. Karl, Dirk Harr, Martin Mugler, Urte Stichler, Gabi Birkert, Joachim Friedrich, Birgit Kaiser, Dorothee Hils, Bettina Pfisterer, Rosemarie Pade, Angela Ritschel, Ali Uzpak, Ute Köhler, Kurt Daibenzeiher, Inge Hofmann, Karin Merz, Saskia Schneider, Julia Faß, David Ritschel, Martha Boadi, Nina Vatter, Hans-Georg Henle, Deborah Heimsch, Marco Schindele, Christoph Groß, C. Stegmaier, K. Huhnstock, T. Pfaff, M. Kaiser, Martin Schmitt, O. Tonidis, M. Schneider, W. Schoppe, Fr. Calvo, Florian Unfried, Tina Heitlinger, S. Mederus, S. Darcan, K. Siebold, K. Koch, Michelle Bauer, Caroline Kuhn, Heiner Stohauer, Edith Köberle, Jutta Steinberg-Graf, Harald Schröder, Andrea Krieg, Brigitte Sayer, Christiane Ziemer, Barbara Bürgy, Birgit Berger, Irene Braun, Klaus Ellinger, Volker Hansen-Ketels, Hans-Peter Hesse, Mechthild Link-Englert, Andrea Kohler, Joachim Lanzenberger, Elke Trutzenberger, Marion Kühne, Barbara Frimmer, Caren Weller</p>
4	<p>Mehr Studienplätze für die Lehrämter Primarstufe und Sonderpädagogik</p> <p>Die Personalversammlung der Bediensteten beim SSA Heilbronn fordert die Landesregierung auf, an den Pädagogischen Hochschulen in Baden-Württemberg die Anzahl der Studienplätze für die Lehrämter Primarstufe und Sonderschule schnellstmöglich deutlich zu erhöhen.</p> <p>Begründung: Für diese beiden Lehrämter fehlen seit einigen Jahren ausreichend Lehrkräfte, um alle Aufgaben der Schulen flächendeckend und mit hoher Qualität zu erfüllen. Die Einführung von Ganztagschulen, vor allem an Grundschulen, führt zu einem erhöhten Bedarf von Grundschullehrkräften. Dieser Bedarf wird durch die Ausweitung der Stundentafel weiter erhöht. Auch können mittlerweile nicht mehr alle Stellen, die durch Pensionierungen frei werden, besetzt werden. Nicht erst seit Einführung der Inklusion wird der Mangel an Sonderschullehrkräften deutlich. Aufgrund der Tatsache, dass nicht alle Bundesländer diese Studiengänge anbieten, werden die in Baden-Württemberg ausgebildeten Sonderschullehrkräfte in andere</p>

	<p>Bundesländer abgeworben. Der Mangel an diesen Lehrkräften ist inzwischen so gravierend, dass weder an SBBZen noch in der Inklusion an allgemeinbildenden Schulen Kinder mit entsprechendem Bildungsanspruch, wie gesetzlich vorgeschrieben, gefördert werden können.</p> <p>Harald Schröder, Maria Greskamp, Sarah Haas, Katja Gruber, Eva Happold, Heike Kümmler, Birgitt Klenk, L. Pabst, P. Lutz, B. Zimmerhackl, H. Frisch, T. Motz, D. Milosevic, Ch. David, E. Darilek, P. Feldhoffer, C. Peter, A. Herrmann, T. Wagner, L. Felde, D. Steinbauer, M. Eckert, S. Schlegel, H. Kramer, R. Karl, Dirk Harr, Birgit Kaiser, Andreas Heitlinger, Martha Boadi, Nina Vatter, Julia Faß, David Ritschel, Hans-Georg Henle, Dorothee Hils, Bettina Pfisterer, Angela Ritschel, Ute Köhler, Ali Uzpak, Kurt Daibenzeiher, Monika Kern, Inge Hofmann, Karin Merz, Saskia Schneider, Marco Schindele, Christoph Groß, K. Huhnstock, T. Pfaff, M. Kaiser, Martin Schmitt, O. Tonidis, M. Schneider, W. Schoppe, Fr. Calvo, Florian Unfried, Tina Heitlinger, S. Mederus, S. Darcan, K. Siebold, K. Koch, Michelle Bauer, Caroline Kuhn, Heiner Stohauer, Edith Köberle, Jutta Steinberg-Graf, Veronika Harmuth, Anja Beining, Johanna Weber, Andrea Krieg, Brigitte Sayer, Christiane Ziemer, Barbara Bürgy, Birgit Berger, Irene Braun, Klaus Ellinger, Marina Fischer, Volker Hansen-Ketels, Hans-Peter Hesse, Mechthild Link-Englert, Andrea Kohler, Joachim Lanzenberger, Sara Quinzer, Elke Trutzenberger, Marion Kühne, Barbara Frimmer, Caren Weller</p>
<p>5</p>	<p>Arbeits- und Gesundheitsschutz ausbauen und damit Lehrkräfte entlasten</p> <p>Die Personalversammlung im Bereich des Staatlichen Schulamtes Heilbronn fordert die Personalvertretung auf, sich bei den zuständigen Stellen dafür einzusetzen, dass der AGS im Schulalltag ernst genommen wird durch:</p> <ul style="list-style-type: none"> - deutliche Erhöhung der Krankheitsreserve - Gewährung einer Klassenlehrerstunde - Senkung des Klassenteilers - Erhöhung des allgemeinen Entlastungskontingents - Schaffung von angemessenen Arbeitsplätzen für Lehrkräfte - Ausbau der Altersermäßigung <p>Begründung: Reformdruck und Reformtempo führen zu einer Arbeitsverdichtung im Schulalltag. Diese Mehrbelastung gefährdet auf Dauer die Gesundheit der Kolleginnen und Kollegen erheblich und kann nur durch eine Entlastung der Lehrkräfte, welche auch im Schulalltag ankommt, kompensiert werden.</p> <p>Sabine Knapp, Yvonne Kolbert; Regina Hotel, Joachim Blaesse, Erik Stegmaier</p>
<p>6</p>	<p>Die Lehrerarbeitszeit den veränderten Arbeitsbedingungen anpassen</p> <p>Die Personalversammlung der Bediensteten beim SSA Heilbronn fordert die Landesregierung auf, die Lehrerarbeitszeit den erschwerten Arbeitsbedingungen anzupassen.</p> <p>Begründung: Der zeitlich disponible Teil der Lehrerarbeitszeit (ungebundene Arbeitszeit) hat sich erheblich erweitert. Die Belastungsgrenze der Kolleginnen und Kollegen ist durch immer mehr Aufgaben außerhalb des Unterrichts bei Weitem überschritten. Darum muss die Arbeitszeit durch eine andere Form als das Deputatsmodell berechnet werden, so dass Tätigkeiten außerhalb des Unterrichts ebenfalls kalkulierbar sind. Das sichert die Qualität und senkt die Belastung der Beschäftigten. Als Folge ermöglicht dies Lehrkräften, bei besserer Gesundheit länger zu arbeiten.</p> <p>Brigitte Sayer, Barbara Bürgy, Maria Greskamp, Sigrid Brauchart, Sarah Haas, Katja Gruber, Ulrike Meirose, Daniela Mauk, Eva Happold, Heike Kümmler, Birgitt Klenk, Helen Diehl, V. Zerr, L. Felde, T. Wagner, S. Neudenberger-Akdogan, A. Herrmann, C. Peter, D. Steinbauer, L. Pabst, P. Lutz, B. Zimmerhackl, H. Frisch, D. Milosevic, Ch. David, E. Darilek, P. Feldhoffer, S. Marställer, S. Carra, M. Eckert, S. Schlegel, H. Kramer, R. Karl, Eva Stahlberger, Gabi Birkert, Joachim Friedrich, Alexandra Müller-Kilgus, Peter Beyer, Dorothee Hils, Bettina Pfisterer, Monika Rothmund-Koch, Rosemarie Pade, Andreas Heitlinger, Mareike Kreißig, Martha Boadi, Angela Ritschel, Ali Uzpak, Ute Köhler, Hans-Georg Henle, Julia Faß, David Ritschel, Nina Vatter, Inge Hofmann,</p>

	<p>Karin Merz, Saskia Schneider, Kurt Daibenzeiher, Monika Kern, Marco Schindele, Christoph Groß, K. Huhnstock, T. Pfaff, M. Kaiser, Martin Schmitt, O. Tonidis, M. Schneider, W. Schoppe, Fr. Calvo, Florian Unfried, Tina Heitlinger, S. Mederus, S. Darcen, K. Siebold, K. Koch, Michelle Bauer, Caroline Kuhn, Heiner Stohauer, Edith Köberle, Jutta Steinberg-Graf, Veronika Harmuth, Anja Beining, Johanna Weber, Harald Schröder, Andrea Krieg, Christiane Ziemer, Birgit Berger, Irene Braun, Klaus Ellinger, Marina Fischer, Volker Hansen-Ketels, Hans-Peter Hesse, Mechthild Link-Englert, Andrea Kohler, Joachim Lanzenberger, Sara Quinzer, Elke Trutzenberger, Marion Kühne, Barbara Frimmer, Caren Weller</p>
<p>7</p>	<p>Realschulen weiter stärken</p> <p>Die Personalversammlung der Bediensteten am SSA Heilbronn fordert die Landesregierung auf, die Realschulen bei ihren erweiterten Aufgaben im Hinblick auf Heterogenität und Hauptschulabschlussprüfung mit zusätzlichen Lehrerstellen und bedarfsorientierten Fortbildungen zu unterstützen.</p> <p>Die Realschule hatte schon immer eine sehr heterogene Schülerschaft mit einer großen Leistungsbandbreite. Neben dem mittleren Abschluss muss die Realschule jetzt auch den Hauptschulabschluss anbieten.</p> <p>Um diesen zusätzlichen Aufgaben gerecht zu werden, sind zusätzliche Lehrerstellen und eine bessere finanzielle Ausstattung der Realschulen nötig. Außerdem müssen die Realschullehrkräfte durch passende Fortbildungsangebote auf diese Aufgaben vorbereitet werden.</p> <p>Birgit Berger, Joachim Lanzenberger, Sara Quinzer, Dirk Harr, Eva Stahlberger, Gabi Birkert, Joachim Friedrich, Alexandra Müller-Kilgus, Peter Beyer, Heiner Stohauer, Edith Köberle, Jutta Steinberg-Graf, Veronika Harmuth, Anja Beining, Johanna Weber, Harald Schröder, Andrea Krieg, Brigitte Sayer, Christiane Ziemer, Barbara Bürgy, Irene Braun, Klaus Ellinger, Marina Fischer, Volker Hansen-Ketels, Hans-Peter Hesse, Mechthild Link-Englert, Andrea Kohler, Elke Trutzenberger, Marion Kühne, Barbara Frimmer, Caren Weller</p>
<p>8</p>	<p>Beseitigung der Nettolohndiskriminierung von tarifbeschäftigten Lehrkräften</p> <p>Die Personalversammlung im Bereich des Staatlichen Schulamtes Heilbronn fordert die Personalvertretung auf, sich bei den zuständigen Stellen dafür einzusetzen, dass die Lehrkräfteentgeltordnung die Nettolohndiskriminierung endgültig beseitigt.</p> <p>Begründung: Eine tarifbeschäftigte Lehrkraft in BW bekommt jeden Monat rund 500€ weniger Nettolohn als ihre verbeamteten KollegInnen – trotz identischer Qualifikation und Tätigkeit. In 20 Dienstjahren summiert sich diese Lohndiskriminierung auf 120.000€. Auch im Ruhestand erhält eine tarifbeschäftigte Lehrkraft bis zu 1000€ weniger.</p> <p>Sabine Knapp, Yvonne Kolbert; Regina Hotel, Joachim Blaesse, Erik Stegmaier</p>
<p>9</p>	<p>Bessere Bedingungen für Fachlehrerinnen und Fachlehrer sowie Technische Lehrkräfte</p> <p>Die Personalversammlung der Bediensteten beim SSA Heilbronn fordert die Landesregierung auf, dass...</p> <ul style="list-style-type: none"> - Fachlehrerinnen und Fachlehrer sowie Technische Lehrkräfte das Deputat der Schulart erhalten, an der sie unterrichten. - Fachlehrerinnen und Fachlehrer als Eingangsgehalt A 10 mit zwei Beförderungssämtern nach A 12 erhalten. Die Gehälter der Tarifbeschäftigten sollen entsprechend angepasst werden. - Fachlehrerinnen und Fachlehrer sowie Technische Lehrkräfte aller Schularten nach Absolvierung eines Qualifizierungsmoduls einen

	<p>Laufbahnwechsel in das wissenschaftliche Lehramt vornehmen können. Hierzu muss das Dienstrecht entsprechend geändert werden.</p> <ul style="list-style-type: none"> - die Anzahl der Plätze im Aufstiegslehrgang deutlich erhöht wird und eine Zulassung zum Lehrgang auch ohne Funktionsstelle möglich ist. - bei der Neustrukturierung der Lehramtsstudiengänge im Rahmen des Bologna-Prozesses die Fachseminare einbezogen werden. Der Zugang zu einem Lehramtsstudiengang muss auch für beruflich Qualifizierte (ohne Abitur) weiterhin gegeben sein. Bisherige Qualifikationen sollen modular anerkannt werden. <p>Brigitte Sayer, Andrea Kohler, Barbara Bürgy, Maria Greskamp, Heike Kümmler, L. Pabst, P. Lutz, B. Zimmerhackl, H. Frisch, D. Milosevic, Ch. David, E. Darilek, P. Feldhoffer, R. Karl, S. Carra, S. Neudenberger-Akdogan, T. Wagner, L. Felde, D. Steinbauer, C. Peter, A. Herrmann, M. Eckert, S. Schlegel, H. Kramer, Dirk Harr, Eva Stahlberger, Gabi Birkert, Joachim Friedrich, Peter Beyer, Julia Faß, Kurt Daibenzeiher, David Ritschel, Nina Vatter, Martha Boadi, Hans-Georg Henle, Karin Merz, Saskia Schneider, Deborah Heimsch, Mareike Kreißig, Marco Schindele, Christoph Groß, C. Stegmaier, K. Huhnstock, T. Pfaff, M. Kaiser, Martin Schmitt, O. Tonidis, M. Schneider, W. Schoppe, Fr. Calvo, Florian Unfried, Tina Heitlinger, S. Mederus, S. Darcan, K. Siebold, K. Koch, Michelle Bauer, Caroline Kuhn, Heiner Stohauer, Edith Köberle, Jutta Steinberg-Graf, Veronika Harmuth, Johanna Weber, Harald Schröder, Andrea Krieg, Christiane Ziemer, Birgit Berger, Irene Braun, Klaus Ellinger, Marina Fischer, Volker Hansen-Ketels, Hans-Peter Hesse, Mechthild Link-Englert, Joachim Lanzenberger, Sara Quinzer, Elke Trutzenberger, Marion Kühne, Barbara Frimmer, Caren Weller</p>
<p>10</p>	<p>Schulleitungen entlasten und stärken</p> <p>Die Personalversammlung im Bereich des Staatlichen Schulamtes Heilbronn fordert die Personalvertretung auf, sich bei den zuständigen Stellen dafür einzusetzen, Schulleitungen zu entlasten und zu stärken, z.B. durch die Erhöhung von Leitungszeit und durch die Einführung von Abteilungsleitern zur Mitarbeit im erweiterten Schulleitungsteam.</p> <p>Begründung: Schulleitung ist eine verantwortungsvolle Gestaltungsaufgabe. Das Aufgabenfeld für Schulleitungen hat sich in den letzten Jahren deutlich ausgeweitet und es sind zusätzliche Handlungsfelder, wie z.B. eine professionelle Begleitung des einzelnen Kindes in einer immer heterogeneren Schülerschaft, die Gestaltung und Weiterentwicklung der einzelnen Schule und deren Schulprofil sowie die Einführung eines neuen Bildungsplans, hinzugekommen. Schulleitung befindet sich dabei im Spannungsfeld zwischen kooperativer Führung und Verwaltungsmanagement, z.B. im Bereich Arbeits- und Gesundheitsschutz oder Datenschutz. In seinem Schreiben „Unterstützungsleistungen von Schulleitungen“ vom 22.09.2014 hat dies der Landesrechnungshof ebenfalls angesprochen und Entlastungen für Schulleitungen gefordert.</p> <p>Sabine Knapp, Yvonne Kolbert; Regina Hotel, Joachim Blaesse, Erik Stegmaier</p>
<p>11</p>	<p>Abteilungsleiter in allen Schulen der Sekundarstufe</p> <p>Die Personalversammlung der Bediensteten beim SSA Heilbronn fordert die Landesregierung auf, an allen Sekundarschulen – unabhängig von der Schulart – Abteilungsleiterstellen analog den Gymnasien und beruflichen Schulen einzurichten.</p> <p>Begründung: Das Arbeitsfeld von Schulleiter*innen hat sich in den letzten 10 Jahren gravierend verändert. Zu einem erhöhten Verwaltungsaufwand kommen umfassende Schulentwicklungsaufgaben gerade an Sekundarschulen dazu. Diese haben</p>

	<p>mittlerweile einen Umfang angenommen, der nicht mehr alleine von der Schulleitung bewältigt werden kann. Es können zwar Aufgaben an Lehrkräften delegiert werden, allerdings ist es nicht möglich, die Kolleg*innen adäquat zu entlasten oder gar in einem Beförderungsamts die Schulleitung zu entlasten. Im Sinne der Gleichbehandlung aller Sekundarschulen ist es unverständlich, dass Haupt-/Werkrealschulen, Realschulen und Gemeinschaftsschulen keine Abteilungsleiterstellen haben.</p> <p>Harald Schröder, Christiane Ziemer, L. Pabst, P. Lutz, H. Frisch, D. Milosevic, Ch. David, E. Darilek, P. Feldhoffer, S. Carra, S. Neudenberger-Akdogan, T. Wagner, L. Felde, D. Steinbauer, A. Herrmann, C. Peter, M. Eckert, S. Schlegel, H. Kramer, R. Karl, Saskia Schneider, Andreas Heitlinger, Marco Schindele, Christoph Groß, K. Huhnstock, T. Pfaff, M. Kaiser, C. Stegmaier, Martin Schmitt, O. Tonidis, M. Schneider, W. Schoppe, Fr. Calvo, Florian Unfried, Tina Heitlinger, S. Mederus, S. Darcan, K. Siebold, K. Koch, Michelle Bauer, Caroline Kuhn, Heiner Stohauer, Edith Köberle, Jutta Steinberg-Graf, Veronika Harmuth, Anja Beining, Johanna Weber, Andrea Krieg, Brigitte Sayer, Barbara Bürgy, Birgit Berger, Irene Braun, Klaus Ellinger, Marina Fischer, Volker Hansen-Ketels, Hans-Peter Hesse, Mechthild Link-Englert, Andrea Kohler, Joachim Lanzenberger, Sara Quinzer, Elke Trutzenberger, Marion Kühne, Barbara Frimmer, Caren Weller</p>
12	<p>Aufhebung des Kooperationsverbotes</p> <p>Die Personalversammlung der Bediensteten beim SSA HN fordern die Aufhebung des Kooperationsverbotes, um den Weg für eine nationale Bildungsoffensive frei zu machen.</p> <p>Begründung: 2006 führte die große Koalition im Rahmen der Föderalismusreform das Kooperationsverbot ein. „Es beschreibt zuspitzend die grundgesetzliche Regelung, dass der Bund keinen Einfluss auf die Schulpolitik der Länder ausüben darf, insbesondere nicht durch die Finanzierung von Bildungsmaßnahmen“ (wikipedia). Schulen sind Ländersache und werden deshalb auch von den Ländern und Kommunen finanziert. Die anstehenden Maßnahmen (Renovierungen, Ausbau Ganztageschulen, Digitalisierung . . .) schaffen die Länder bei einem Investitionsstau von 100 Milliarden (Süddeutsche Zeitung) aber nicht mehr. Wenn Deutschland eine wirkliche Bildungsoffensive möchte, wäre das ein erster Schritt.</p> <p>Andrea Krieg, Maria Greskamp, Heike Kümmler, Birgitt Klenk, M. Eckert, S. Schlegel, H. Kramer, T. Wagner, C. Peter, L. Felde, S. Marställer, S. Carra, L. Pabst, P. Lutz, B. Zimmerhackl, H. Frisch, T. Motz, D. Milosevic, E. Darilek, P. Feldhoffer, Martha Boadi, Birgit Kaiser, David Ritschel, Julia Faß, Nina Vatter, Hans-Georg Henle, Ali Uzpak, Angela Ritschel, Ute Köhler, Christof Scheibner, Marco Schindele, Christoph Groß, C. Stegmaier, K. Huhnstock, T. Pfaff, M. Kaiser, Michelle Bauer, Caroline Kuhn, Heiner Stohauer, Edith Köberle, Jutta Steinberg-Graf, Johanna Weber, Harald Schröder, Brigitte Sayer, Christiane Ziemer, Barbara Bürgy, Birgit Berger, Irene Braun, Klaus Ellinger, Marina Fischer, Volker Hansen-Ketels, Hans-Peter Hesse, Mechthild Link-Englert, Andrea Kohler, Joachim Lanzenberger, Sara Quinzer, Elke Trutzenberger, Marion Kühne, Barbara Frimmer, Caren Weller</p>
13	<p>Bessere Ausstattung im Ganzttag mit Lehrerwochenstunden</p> <p>Die Personalversammlung der Bediensteten beim SSA Heilbronn fordert die Landesregierung auf, Ganzttagsschulen mit mehr Lehrerwochenstunden auszustatten.</p> <p>Begründung: Bildung ist in Baden-Württemberg immer noch in hohem Maße vom Elternhaus abhängig. Um möglichst vielen Kindern bessere Bildungschancen zu ermöglichen, brauchen wir Ganztageschulen. Diese müssen mit ausreichenden Ressourcen ausgestattet werden: mehr Lehrerwochenstunden, kleinere Gruppen, genügend Geldmittel, keine Monetarisierung usw.</p> <p>Barbara Bürgy, Sigrid Brauchart, Sarah Haas, Katja Gruber, Ulrike Meirose, Eva Happold, Heike Kümmler, Elisa Mayer, Birgitt</p>

	<p>Klenk, Helen Diehl, M. Eckert, S. Schlegel, H. Kramer, L. Pabst, P. Lutz, B. Zimmerhackl, H. Frisch, D. Milosevic, Ch. David, E. Darilek, P. Feldhoffer, S. Marstaller, S. Carra, V. Zerr, S. Neudenberger-Akdogan, T. Wagner, L. Felde, D. Steinbauer, A. Herrmann, C. Peter, R. Karl, Dirk Harr, Gabi Birkert, Peter Beyer, Dorothee Hils, Rosemarie Pade, Bettina Pfisterer, Monika Rothmund-Koch, Angela Ritschel, Ali Uzpak, U.Kohler, Marco Schindele, Kurt Daibenzeiher, Inge Hofmann, Karin Merz, Saskia Schneider, Martha Boadi, Nina Vatter, David Ritschel, Hans-Georg Henle, Julia Faß, Christoph Groß, C. Stegmaier, K. Huhnstock, T. Pfaff, M. Kaiser, Martin Schmitt, O. Tonidis, M. Schneider, W. Schoppe, Fr. Calvo, Florian Unfried, Tina Heitlinger, S. Mederus, S. Darcan, K. Siebold, K. Koch, Michelle Bauer, Caroline Kuhn, Heiner Stohauer, Edith Köberle, Jutta Steinberg-Graf, Veronika Harmuth, Anja Beining, Johanna Weber, Harald Schröder, Andrea Krieg, Brigitte Sayer, Christiane Ziemer, Birgit Berger, Irene Braun, Klaus Ellinger, Marina Fischer, Volker Hansen-Ketels, Hans-Peter Hesse, Andrea Kohler, Joachim Lanzenberger, Mechthild Link-Englert, Sara Quinzer, Elke Trutzenberger, Marion Kühne, Barbara Frimmer, Caren Weller</p>
<p>14</p>	<p>Qualitätsentwicklung in der Grundschule durch Poolstunden</p> <p>Die Personalversammlung der Bediensteten beim SSA Heilbronn fordert die Landesregierung auf, die Qualitätsentwicklung in den Grundschulen durch die Bereitstellung von Poolstunden zu ermöglichen.</p> <p>Begründung: Die Ergebnisse des neuen IQB Bildungstrends zeigen, dass die Leistungen der Grundschülerinnen und Grundschüler in Baden-Württemberg ins Mittelfeld abgerutscht sind. Die jetzige Landesregierung reagierte auf diese schlechten Ergebnisse mit Vorwürfen und Anweisungen an die Lehrkräfte in den Grundschulen. Es ist nicht hinnehmbar, dass der Grundschule als einziger Schulart keine Poolstunden zur Differenzierung und individuellen Förderung zur Verfügung stehen. Zur Verbesserung der Leistungen in den Kernfächern sind Poolstunden für Stütz- und Fördermaßnahmen im Direktbereich zwingend erforderlich. Darüber hinaus benötigen die Grundschulen Zeit in Form von Anrechnungsstunden zur Entwicklung und Evaluation neuer - an die in der IQB-Studie genannten veränderten Bedingungen angepasster – Unterrichtskonzepte.</p> <p>Barbara Bürgy, Mechthild Link-Englert, Elke Trutzenberger, Barbara Frimmer, Maria Greskamp, Sigrid Brauchart, Katja Gruber, Ulrike Meirose, Daniela Mauk, Eva Happold, Heike Kummmler, M. Eckert, H. Kramer, S. Schlegel, S. Marställer, F. Schuster, S. Carra, C. Peter, L. Felde, T. Wagner, L. Pabst, P. Lutz, B. Zimmerhackl, H. Frisch, T. Motz, D. Milosevic, E. Darilek, P. Feldhoffer, Dirk Harr, Peter Beyer, Andreas Heitlinger, David Ritschel, Julia Faß, Nina Vatter, Martha Boadi, Hans-Georg Henle, Dorothee Hils, Bettina Pfisterer, Monika Rothmund Koch, Rosemarie Pade, Angela Ritschel, Ali Uzpak, U. Köhler, Infe Hofmann, Karin Merz, Saskia Schneider, Kurt Daibenzeiher, Monika Kern, Marco Schindele, Christoph Groß, C. Stegmaier, K. Huhnstock, T. Pfaff, M. Kaiser, Martin Schmitt, O. Tonidis, M. Schneider, W. Schoppe, Fr. Calvo, Florian Unfried, Tina Heitlinger, S. Mederus, S. Darcan, K. Siebold, K. Koch, Michelle Bauer, Caroline Kuhn, Heiner Stohauer, Edith Köberle, Jutta Steinberg-Graf, Veronika Harmuth, Anja Beining, Johanna Weber, Harald Schröder, Andrea Krieg, Brigitte Sayer, Christiane Ziemer, Birgit Berger, Irene Braun, Klaus Ellinger, Marina Fischer, Volker Hansen-Ketels, Hans-Peter Hesse, Andrea Kohler, Joachim Lanzenberger, Sara Quinzer, Marion Kühne, Caren Weller</p>
<p>15</p>	<p>Stunden für Coaching</p> <p>Die Personalversammlung fordert den Personalrat GHWRGS beim Staatlichen Schulamt Heilbronn auf, sich dafür einzusetzen, dass Kolleg*innen, die Lerncoaching durchführen, in angemessener Form entlastet werden. Es werden mindestens 2 Stunden je 20 Kinder benötigt.</p> <p>Begründung: Regelmäßige Coachinggespräche sind ein verpflichtender Bestandteil der Gemeinschaftsschulen.</p> <p>Die gestiegenen Arbeitsanforderungen der Kolleg*innen an allen integrierten Schularten müssen bereits ohne jede Entlastung getragen werden. Bewusst gewählte heterogene Lerngruppen, Inklusion, Lernentwicklungsberichte und verpflichtende Coachinggespräche bedeuten für die Kolleg*innen an Gemeinschaftsschulen eine extreme Hebung der Arbeitsleistung. Der Hauptpersonalrat GHWRGS rief die vom</p>

	<p>LPVG-BW in Mitbestimmungsangelegenheiten vorgesehene Einigungsstelle an. Die Einigungsstelle hat dem Ministerium empfohlen, Kolleg*innen, die Lerncoaching durchführen, eine angemessene Anrechnung zu gewähren. Das Kultusministerium hat entschieden, diese Empfehlung nicht umzusetzen.</p> <p>Christiane Ziemer, Klaus Ellinger, Marina Fischer, Harald Schröder, Maria Greskamp, Sigrid Brauchart, Sarah Haas, Katja Gruber, Ulrike Meirose, S. Marställer, F. Schuster, S. Carra, M. Eckert, S. Schlegel, H. Kramer, S. Neudenberger-Akdogan, T. Cetinkaya, K. Heusmann, C. Peter, L. Felde, V. Zerr, D. Steinbauer, A. Herrmann, T. Wagner, L. Pabst, P. Lutz, B. Zimmerhackl, H. Frisch, T. Motz, D. Milosevic, Ch. David, E. Darilek, P. Feldhoffer, S. Ayyildiz, R. Karl, Mareike Kreißig, Birgit Kaiser, Andreas Heitlinger, Julia Faß, David Ritschel, Martha Boadi, Nina Vatter, Hans-Georg Henle, Monika Rothmund-Koch, Angela Ritschel, Ute Köhler, Ali Uzpak, Monika Kern, Kurt Daibenzeiher, Inge Hofmann, Karin Merz, Saskia Schneider, Marco Schindele, Christoph Groß, C. Stegmaier, K. Huhnstock, T. Pfaff, M. Kaiser, Martin Schmitt, O. Tonidis, M. Schneider, W. Schoppe, Fr. Calvo, Florian Unfried, Tina Heitlinger, S. Mederus, S. Darcan, K. Siebold, K. Koch, Michelle Bauer, Caroline Kuhn, Heiner Stohauer, Edith Köberle, Jutta Steinberg-Graf, Johanna Weber, Andrea Krieg, Brigitte Sayer, Barbara Bürgy, Birgit Berger, Irene Braun, Volker Hansen-Ketels, Hans-Peter Hesse, Mechthild Link-Englert, Andrea Kohler, Joachim Lanzenberger, Sara Quinzer, Elke Trutzenberger, Marion Kühne, Barbara Frimmer, Caren Weller</p>
16	<p>Bessere Versorgung in der Inklusion</p> <p>Die Personalversammlung der Bediensteten beim SSA Heilbronn fordert die Landesregierung auf, die im Schulgesetz verankerte Inklusion mit zusätzlichen Lehrerwochenstunden zu versorgen.</p> <p>Begründung: Damit Inklusion erfolgreich verlaufen kann, benötigen inklusive Bildungsangebote - gemäß dem letzten wie auch vorletzten Koalitionsvertrag - das Zwei-Pädagogen-Prinzip. Bis zur Behebung des Lehrkräftemangels soll eine den SBBZ qualitativ vergleichbare Ausstattung mit Lehrerstunden bereitgestellt werden. Für den Mehraufwand an Austausch und Dokumentation muss eine Stundenanrechnung von mindestens einer Lehrerwochenstunde pro Inklusionsgruppe gewährt werden.</p> <p>Barbara Bürgy, Volker Hansen-Ketels, Maria Greskamp, Sigrid Brauchart, Sarah Haas, Katja Gruber, Ulrike Meirose, Daniela Mauk, Eva Happold, Heike Kümmler, Elisa Mayer, Birgitt Klenk, L. Pabst, P. Lutz, B. Zimmerhackl, H. Frisch, T. Motz, D. Milosevic, Ch. David, E. Darilek, P. Feldhoffer, A. Herrmann, C. Peter, T. Wagner, L. Felde, D. Steinbauer, S. Neudenberger-Akdogan, S. Marställer, F. Schuster, S. Carra, H. Kramer, M. Eckert, S. Schlegel, R. Karl, Peter Beyer, Birgit Kaiser, Mareike Kreißig, David Ritschel, Julia Faß, Martha Boadi, Hans-Georg Henle, Nina Vatter, Dorothee Hils, Bettina Pfisterer, Monika Rothmund-Koch, Rosemarie Pade, Angela Ritschel, Ali Uzpak, Ute Köhler, Kurt Daibenzeiher, Saskia Schneider, Deborah Heimsch, Marco Schindele, Christoph Groß, C. Stegmaier, K. Huhnstock, T. Pfaff, M. Kaiser, Martin Schmitt, O. Tonidis, M. Schneider, W. Schoppe, Fr. Calvo, Florian Unfried, Tina Heitlinger, S. Mederus, S. Darcan, K. Siebold, K. Koch, Michelle Bauer, Caroline Kuhn, Heiner Stohauer, Edith Köberle, Jutta Steinberg-Graf, Veronika Harmuth, Anja Beining, Johanna Weber, Harald Schröder, Andrea Krieg, Brigitte Sayer, Christiane Ziemer, Birgit Berger, Irene Braun, Klaus Ellinger, Marina Fischer, Hans-Peter Hesse, Mechthild Link-Englert, Andrea Kohler, Joachim Lanzenberger, Sara Quinzer, Elke Trutzenberger, Marion Kühne, Barbara Frimmer, Caren Weller</p>

R2

Resolution

Der bundesweite Lehrermangel hat Baden-Württemberg erreicht. Zum neuen Schuljahr ersetzen die Neueinstellungen nicht einmal alle ausscheidenden Lehrkräfte. Es sind 500 Stellen, d.h. fast ein Drittel aller freiwerdenden Stellen in der Grundschule und rund ein Viertel (ca. 100 Stellen) aller freiwerdenden Stellen, im Bereich der Sonderpädagogik, unbesetzt.

Schon alleine dadurch hat sich die Unterrichtsversorgung deutlich verschlechtert. Außerdem ist es das vierte Jahr in Folge, in welchem die Schülerzahlen in den Grundschulen steigen. Dieser Schülerzuwachs kommt zwangsläufig in wenigen Jahren an den weiterführenden Schulen an.

Bereits jetzt müssen Klassen über dem Klassenteiler gebildet werden. Es kommt zu Kürzungen in der Stundentafel der einzelnen Klassen, Unterrichtsausfall wird zur Normalität. Immer mehr Lehrkräfte ohne abgeschlossene Lehrerausbildung unterrichten in unseren Schulen und benötigen die Unterstützung der Schulleitungen und der Kollegien. Dies alles bedeutet für die Betroffenen eine sehr hohe Belastung.

Insgesamt haben sich die Arbeitsbedingungen in den letzten Jahren kontinuierlich verschlechtert. Zunehmende Heterogenität, Inklusion und Integration wurden den Kolleginnen und Kollegen ohne rechtzeitige, umfassende Qualifizierung und entsprechende Entlastung auf das bestehende Arbeitspensum draufgepackt.

Gleichzeitig werden Schulen und Lehrkräfte an Stammtischen und auch in Teilen der Politik, wegen angeblich schlechter Leistungen pauschal kritisiert.

Zur Bekämpfung des Lehrkräftemangels fällt derzeit den Ministerien nichts Besseres ein als: die Androhung weniger Teilzeit zu genehmigen und eine Imagekampagne des Innenministeriums unter dem Slogan „Lust auf länger!“ für ein Verbleiben im Dienst über die Altersgrenze hinaus.

Das sind definitiv die falschen Antworten. Wir brauchen bessere Arbeitsbedingungen, die mehr Lehrkräften das Arbeiten bis zur gesetzlichen Altersgrenze ermöglichen.

Schule muss wieder ein attraktiver Arbeitsplatz werden, um an der einzelnen Schule nicht nur den Alltag bewältigen zu können, sondern auch die drängendsten Herausforderungen angehen zu können.

Das bedeutet, wir brauchen

- Poolstunden für die Grundschule
- ausreichend Sonderschullehrkräfte für die SBBZ und die Inklusion
- fest eingestellte Vertretungslehrkräfte, nicht nur eine Lehrerreserve die nur auf dem Papier besteht
- Entlastung für die Gemeinschaftsschulen
- Senkung des Klassenteilers für Realschulen, Werkrealschulen und Gemeinschaftsschulen
- Ethik für alle ab Klasse 1

- Anrechnungsstunden für die zusätzlichen außerunterrichtlichen Aufgaben
- Zeit/Stunden für Klassenführung
- Senkung der Deputate durch Anpassung an die tatsächliche Arbeitsbelastung
- Schaffung von Arbeitsplätzen für Lehrkräfte und Bedienstete an den Schulen
- Schulsozialarbeit an allen Schulen
- Bedarfsorientierter Ausbau von Ganztagschulen
- A 13 für alle Hauptschul- und alle Grundschullehrkräfte,
- Qualifizierte Aus-, Fort- und Weiterbildung, z.B. im Bereich der Digitalisierung
- Arbeits- und Gesundheitsschutzmaßnahmen für Lehrkräfte an den Schulen
- Leitungszeit erhöhen – mindestens ein halbes Deputat an jeder Schule
- Abteilungsleiter für weiterführende Schulen
- ein vernünftiges Konzept für Altersermäßigung und Altersteilzeit,
- ...

Gute Bildung kostet Geld, keine Bildung kostet noch viel mehr. Wir fordern deshalb die Landesregierung auf, umfassende Investitionen in eine bessere Bildung zu tätigen.

Andrea Krieg, Christiane Ziemer, Brigitte Sayer, Joachim Blaesse, Barbara Bürgy, Harald Schröder, Birgit Berger, Irene Braun, Klaus Ellinger, Marina Fischer, Volker Hansen-Ketels, Hans-Peter Hesse, Mechthild Link-Englert, Sabine Knapp, Yvonne Kolbert, Andrea Kohler, Joachim Lanzenberger, Sara Quinzer, Elke Trutzenberger, Marion Kühne, Barbara Frimmer, Caren Weller

Geschäftsordnung für die Durchführung von Personalversammlungen

I. Redeordnung



1. Bei den Aussprachen wird von der Versammlungsleiterin/ dem Versammlungsleiter eine Rednerliste geführt.
2. Außerhalb der Reihenfolge der Rednerliste wird das Wort nur zur Stellung von Anträgen zur Geschäftsordnung erteilt.
3. Eine Teilnehmerin/ Ein Teilnehmer der Personalversammlung, die/ der selbst zur Sache gesprochen hat, kann keinen Geschäftsordnungsantrag stellen.

II. Anträge



1. Jede Bedienstete/ Jeder Bedienstete des Staatlichen Schulamts Heilbronn hat das Recht, einen Antrag zu stellen.
2. Sachanträge bedürfen der schriftlichen Form und sind namentlich zu kennzeichnen. Die Antragstellerin/ der Antragsteller hat das Recht auf eine mündliche Begründung.
3. Über Änderungs- und Ergänzungsanträge zur Sache wird vor dem Hauptantrag abgestimmt.
4. Über Anträge zur Geschäftsordnung wird vor Sachanträgen abgestimmt.
5. Geschäftsordnungsanträge können folgende Inhalte haben:
 - a) auf Schluss der Rednerliste
 - b) auf Schluss der Aussprache und Abstimmung
 - c) auf Begrenzung der Redezeit
 - d) auf Nichtbefassung

III. Abstimmungen



1. In der Regel wird offen abgestimmt, d.h. durch Hand erheben
2. Anträge sind angenommen, wenn die Zahl der Ja-Stimmen die der Nein- Stimmen überwiegt. Stimmenthaltungen werden bei der Ermittlung der Mehrheit nicht berücksichtigt.
3. Bei Stimmgleichheit gilt der Antrag als abgelehnt.
4. Ist die Versammlungsleiterin/ der Versammlungsleiter über die Abstimmung im Zweifel, oder wird das Ergebnis angezweifelt, so kann die Abstimmung wiederholt werden.